

Kliniken in Deutschland am Abgrund: Wirtschaftliche Krise droht!

Die wirtschaftliche Lage deutscher Krankenhäuser ist besorgniserregend: 61% melden Verluste, Reformen sollen Abhilfe schaffen.



Nachrichten AG

Hildburghausen, Deutschland -

Aktuelle Umfragen zur wirtschaftlichen Situation von Krankenhäusern in Deutschland offenbaren besorgniserregende Ergebnisse. Laut einer Erhebung, die im Auftrag der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) durchgeführt wurde, berichteten im Jahr 2023 etwa 61% der befragten Krankenhäuser von Verlusten. Diese Zahl stellt den höchsten Wert seit der Einführung des Fallpauschalen-Systems im Jahr 2003 dar. Nur 9% der Kliniken konnten ein ausgeglichenes Ergebnis verzeichnen, während 30% einen Überschuss erzielten.

Die Umfrage, die zwischen Mitte Mai und Mitte August 2024 durchgeführt wurde, umfasst 366 Allgemeinkrankenhäuser mit mindestens 100 Betten. 64% der Einrichtungen gaben an, dass sich ihr Jahresergebnis verschlechtert hat. Für das Jahr 2024 erwarten 79% der Krankenhäuser ein negatives Ergebnis, während lediglich 11% auf ein ausgeglichenes Ergebnis hoffen und 10% von einem Überschuss träumen.

Gründe für die wirtschaftliche Schieflage

Die Hauptursachen für die instabile wirtschaftliche Lage sind vor allem die gestiegenen Preise im Personal- und Sachkostenbereich, die 88% der Befragten stark oder sehr stark belasten. Zudem wird eine mangelnde Förderung von Investitionen kritisiert, da viele Kliniken ihre Preise nicht an die Inflation anpassen können, obwohl ihre Ausgaben gestiegen sind. Diese Entwicklung könnte gravierende Auswirkungen auf die Patientenversorgung haben, warnen Fachverbände.

Der Vorstandsvorsitzende der DKG, Gerald Gaß, äußerte sich besorgt über die „bedrohliche“ Situation der Krankenhäuser. Seiner Meinung nach sind harte Konsolidierungsentscheidungen zu befürchten, die ebenfalls die Patientenversorgung negativ beeinflussen könnten. 80% der Kliniken bewerten ihre wirtschaftliche Lage als unbefriedigend, was ebenfalls ein Höchststand in den letzten 20 Jahren ist.

Die Bundesregierung plant, mit einer Krankenhausreform die finanzielle Situation der Kliniken zu verbessern. Diese Reform wurde vom Bundesrat im November genehmigt und soll ab Anfang 2025 schrittweise in Kraft treten. Ziel ist es, den finanziellen Druck zu mindern und die Spezialisierung der Kliniken bei komplizierteren Behandlungen zu fördern. Die Reform sieht vor, dass die Vergütung künftig zu 60% für die Bereitstellung von Angeboten und zu 40% für Fallpauschalen erfolgen soll.

Kritik an der Reform kommt von Klinikverbänden, die Bedenken

über falsche Anreize und starre Vorgaben äußern. Zudem befürchten die Bundesländer Klinikschließungen, insbesondere in ländlichen Regionen, und fordern Nachbesserungen. Im Falle eines Wahlsiegs kündigte die Union an, die Reform anzupassen.

Für weitere Informationen zu diesem Thema lesen Sie die Berichte von **inSüthüringen** und **Zeit**.

Details	
Vorfall	Insolvenz
Ursache	Preissteigerungen bei Personal- und Sachkosten, Mangelnde Förderung von Investitionen, fehlender Inflationsausgleich
Ort	Hildburghausen, Deutschland
Quellen	• www.insuedthueringen.de • www.zeit.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at